



Brüning über die Abrüstung

Eine Erklärung an die Amerikaner

Berlin, 15. Febr. Reichkanzler Dr. Brüning hatte am Sonntagabend eine Unterredung mit einem Vertreter der amerikanischen National Broadcasting Company, die nach Amerika gesandt wurde. Ueber die Unterredung wird folgender Bericht ausgegeben:

Auf die Frage, bis zu welchem Grad Deutschland tatsächlich abgerüstet sei, erwiderte der Reichkanzler:

Deutschland hat die durchgreifenden und sehr ins einzelne gehenden Bestimmungen des Teils 5 des Versailler Vertrags über seine Entwaffnung durchgeführt. Sein Heer ist auf 100.000 beschränkt, die entscheidenden Waffen moderner Kriegsführung, die andere Staaten als selbstverständlichen Teil ihrer Rüstungen betrachten, wie schwere Artillerie, Tanks und jede militärische Luftkräftung sind Deutschland verboten. Alle Befestigungen an der deutschen Westgrenze sind zerstört. Jegliche Mobilisierungsvorbereitungen militärischer oder sonstiger Art sind Deutschland verboten. Die Bewaffnung seines Heeres ist ihm bis ins einzelne vorgeschrieben. Die Auslieferung und Zerstörung des vor und während des Weltkriegs entstandenen Materials an Flugzeugen, Geschützen, Maschinengewehren, Handfeuerwaffen usw. ist in zehntausenden von Kontrollbesuchen in allen Teilen des Landes aufs schärfste durchgeführt worden. Die letzten Mitglieder dieser Kommission haben Deutschland erst im Jahr 1927 verlassen und die Durchführung der Entwaffnungsbestimmungen wurde damit anerkannt. Beim Eintritt Deutschlands in den Völkerbund im Jahr 1926 wurde festgestellt, daß Deutschland seinen Entwaffnungsverpflichtungen nachgekommen ist.

Wie die Dinge heute liegen, verhalten sich die militärischen Kräfte Deutschlands und Frankreichs für den Kriegsfall etwa wie 1:50. Von einer militärischen Sicherheit Deutschlands gegenüber anderen Staaten kann heute keine Rede mehr sein. Die militärischen Kräfte Deutschlands bilden heute nicht einmal mehr einen ausreichenden Grenzschutz gegen einen oder mehrere seiner hochgerüsteten Nachbarn. Deutschlands Wehrlosigkeit ist besonders offenbar im Luftraum. Zu seiner Verteidigung besitzt Deutschland überhaupt keine Mittel. Nicht nur die Flugwaffe ist ihm verboten, sondern auch jegliche Flugabwehr von der Erde aus. Im Kriegsfall würden die deutschen Städte ohne jeden Schutz den Gas-, Brand- und Explosionsbomben der gegnerischen Flugzeuge ausgesetzt sein. Sie werden mit gegeben, daß das ein unhaltbarer Zustand ist, der das deutsche Volk mit größter Besorgnis hinsichtlich seiner Sicherheit erfüllen muß. Die Forderung auf gleiche Sicherheit mit den anderen Völkern ist deshalb eine ganz selbstverständliche Forderung aus den tatsächlich bestehenden Verhältnissen.

Die zweite Frage an den Kanzler lautete: Was Deutschland mit dem Worte Gleichheit bei den Erörterungen über die Abrüstung meine? Der Kanzler erwiderte hierauf u. a.:

Wenn wir auf der Abrüstungskonferenz den Anspruch auf Gleichberechtigung mit anderen Ländern erheben, so verstehen wir darunter, daß der Zustand einseitiger deutscher Entwaffnung und damit deutscher Unsicherheit aufgehoben soll. Präsident Wilson, der in dem vierten seiner 14 Punkte die allgemeine Abrüstung forderte und für deren Durchführung beim Friedensschluß lange gekämpft hat, erstrebte eine allgemeine und gleichmäßige Entwaffnung für alle Völker als Sicherheitsmittel gegen weitere Kriege. Nur die allgemeine, nicht eine einseitige Entwaffnung ist sinnvoll und gerecht. Wenn nur einem einzelnen Lande eine so weitgehende Abrüstung auferlegt wird, wie die, die Deutschland vollzogen hat, so wird dieses Land in einen Zustand entehrender Disqualifizierung versetzt. Ein Teil der politischen Anruhen in Deutschland hat hierin ihren Ursprung. Dieses Mißsein mit zweierlei Maß wird in Deutschland als empörend, als höchst ungerecht empfunden. Hiergegen gibt es schlechterdings nur ein Mittel, nämlich die Aufhebung der Disqualifizierung. Das meinen wir, wenn wir von Gleichberechtigung sprechen. Wir wollen diese Gleichberechtigung aber nicht erreichen, daß wir den Rüstungswettlauf anderer Staaten mitmachen, sondern dadurch, daß die Rüstungsbeschränkungen, die wir auf uns genommen haben, auch bei ihnen sinngemäß zur Anwendung kommen.

Auf die Frage, ob Deutschland die völlige Aufhebung der Disqualifizierung als grundlegende Bedingung für die Unterzeichnung des geplanten Abrüstungsabkommens verlange, erklärte Dr. Brüning:

Die Disqualifizierung Deutschlands in der Abrüstungsfrage ist so unzweifelhaft, daß die Abrüstung der übrigen Staaten zu einer selbstverständlichen Forderung internationaler Gerechtigkeit wird. Deutschland ist als gleichberechtigtes Mitglied in den Völkerbund eingetreten. Es sitzt als ständiges Mitglied im Völkerbundsrat. Die allgemeine Abrüstungskonferenz ist vom Völkerbund einberufen worden, um nach Art. 8 der Völkerbundsatzungen die Durchführung der allgemeinen Abrüstung festzulegen. Wenn man sie durch die einseitige deutsche Entwaffnung herbeigeführt

Tagesspiegel.

Bei der kommenden Reichspräsidentenwahl werden es wieder wie 1925 vier Bewerber sein: Hindenburg, ein Kandidat der Rechten, ein Sonderkandidat der Nationalsozialisten und der Kandidat der Kommunisten (Thälmann).

Für die Vaterländischen Verbände erklärt General Graf v. d. Goltz: Der Herr Reichspräsident hat allen Warnungen zum Trost im Sinne des Weimarer Systems regiert; er unterschrieb u. a. den Youngplan. Niemand kann von uns verlangen, daß wir noch einmal unsere Stimme dem Stifter dieses Systems geben.

Der Stahlhelm erklärt: Die Voraussetzungen, unter denen der Stahlhelm bereit war, die Kandidatur Hindenburgs zu unterstützen (Änderung des Systems) sind nicht erfüllt. Der Stahlhelm hat nunmehr freie Hand. General von Horn war nicht ermächtigt, namens des Stahlhelms zu sprechen.

In Telegrammen an den Reichspräsidenten und Reichsminister Gröner hat Dr. Göbbels gegen das Redeverbot gegen zahlreiche Nationalsozialisten wieder vor den Wahlen Beschwerde erhoben.

Der Reichstag ist auf 23. Februar nachmittags 3 Uhr zur Beschlussfassung über den Tag der Wahl des Reichspräsidenten (13. März bzw. 10. April) einberufen worden. Der Reichsrat tritt am 22. Februar nachmittags 5 Uhr zusammen.

Der polnische Staatshaushalt schließt mit einem Fehlbetrag von 74 Millionen Zloty (34,78 Mill. Mk.) ab.

Die Landung von weiteren 10.000 Mann in der Fremdenüberlassung von Schanghai wird vom größten Teil der englischen Blätter als ein Bruch des Versprechens beurteilt.

Die Konsuln der europäischen Mächte in Schanghai haben gegen die neuen japanischen Truppenlandungen Einspruch erhoben.

Disziplinierung aufrechterhalten wollte, wurde man die Frage seiner Gleichberechtigung im Völkerbund aufrollen und darüber hinaus eine Grundfrage des Völkerrechts in Zweifel ziehen. Wir könnten kein Abrüstungsabkommen unterschreiben, das dem Anspruch auf Gleichberechtigung auch hinsichtlich der Methoden der Rüstungsbeschränkungen nicht Rechnung tragen würde. Wir haben keineswegs die Absicht, durch übertriebene Forderungen einen positiven Ausgang der Konferenz in Frage zu stellen. Eines muß ich aber noch einmal mit aller Deutlichkeit feststellen: Wir wollen die Gleichberechtigung Deutschlands und die Beseitigung seiner Disqualifizierung dadurch, daß die anderen grundsätzlich die gleichen Verpflichtungen übernehmen, wie sie auf uns ruhen, d. h. durch einschneidende Abrüstungsmaßnahmen der noch nicht abgerüsteten Staaten.

Auf eine weitere Frage erklärte der Reichkanzler:

Deutschland wird auch in Zukunft jede ehrliche Zusammenarbeit unterstützen, die dem Frieden und dem Fortschritt dient. Was die Frage der Internationalisierung der nationalen Rüstungen angeht, so weiß ich nicht, wie ich dazu Stellung nehmen soll, solange nicht die grundlegende Vorfrage die wesentliche Verminderung des allgemeinen Rüstungsstands, und die Beseitigung der heute bestehenden Ungleichheit gesichert ist. Das Ziel der Abrüstungskonferenz ist die Herabsetzung der Rüstungen, nicht deren Internationalisierung, die an sich ja keine Verminderung bedeuten würde.

Auf die letzte Frage, wie die Aussichten für politische und wirtschaftliche Beständigkeit in Deutschland seien, antwortete Dr. Brüning: Die innerpolitischen Kämpfe in Deutschland sind in ihren äußeren Formen zwar sehr scharf. Diese Scharfe darf aber nicht übersehen lassen, daß trotz vielem Trennenden auch unbestreitbare Gemeinsamkeiten bestehen. In den beiden entscheidenden außenpolitischen Fragen der Gegenwart, der Abrüstungsfrage und der Reparationsfrage, herrschen im deutschen Volk einseitige Auffassungen. Die Forderung der Gleichberechtigung und der gleichen Sicherheit wird vom ganzen deutschen Volk geteilt. Jede deutsche Regierung wird diese Forderungen vertreten müssen.

Hindenburg nimmt an

Berlin, 15. Febr. Reichspräsident von Hindenburg gibt auf die an ihn in den letzten Tagen gerichteten Aufforderungen und Anfragen öffentlich folgende Antwort:

„Nach erster Prüfung habe ich mich im Bewußtsein meiner Verantwortung für das Schicksal unseres Vaterlands entschlossen, mich für eine etwaige Wiederwahl zur Verfügung zu stellen. Der Zustand, daß die Aufforderung hierzu an mich nicht von einer Partei, sondern von breiten Volksschichten ergangen ist, läßt mich in meiner Bereiterklärung eine Pflicht erblicken.“

Sollte ich gewählt werden, so werde ich auch weiterhin mit allen Kräften dem Vaterland treu und gewissenhaft dienen, um ihm nach außen zur Freiheit und Gleichberechtigung, nach innen zur Einigung und zum Aufstieg zu verhelfen. Werde ich nicht gewählt, so bleibt mir dann der Vornurj erspart, meinen Posten in schwerer Zeit eigenmächtig verlassen zu haben.

Für mich gibt es nur ein wahrhaft nationales Ziel: Zusammenschluß des Volks in seinem Existenzkampf, volle Hingabe jedes Deutschen in dem harten Ringen um die Erhaltung der Nation!“

Empfänge beim Reichspräsidenten

Berlin, 15. Febr. Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den Reichskanzler Dr. Brüning zum Vortrag und darauf den Vorsitzenden des Reichskriegerbunds „Knyffhäuser“, General der Artillerie a. D. v. Horn, der ihm erneut das Vertrauen und die Treue der im Knyffhäuserbund vereinigten alten Soldaten zum Ausdruck brachte.

Am Dienstag wird der Berliner Oberbürgermeister Dr. Sahm das Ergebnis der Unterschriftensammlung des Wahl-ausschusses mitteilen. Wie verlautet, werden auch die Führer des „Stahlhelm“ vom Reichspräsidenten empfangen.

Am Montag vormittag haben Vertreter des Stahlhelms dem Staatssekretär beim Reichspräsidenten Dr. Meißner eine mündliche Erklärung im Sinn der Stahlhelmentschließung zur Hindenburgwahl abgegeben. Meißner hat die Erklärung entgegengenommen, jede Verhandlung darüber abt abgelehnt.

Die Kandidatur Hindenburg wird in den politischen Kreisen als eine solche der Mittelparteien gewertet, die von der Sozialdemokratie unterstützt wird.

Erklärung der Deutschnationalen Volkspartei

Ablehnung der Kandidatur Hindenburg

Berlin, 15. Febr. Die Deutschnationale Volkspartei teilt mit: Die Kandidatur des Feldmarschalls von Hindenburg ist Tatsache geworden. Seitens der Regierung Brüning sind in der Frage der Reichspräsidentenwahl schwere Fehler begangen worden. Mit verdächtiger Geschäftigkeit hat die Linksdemokratie die Hindenburgkandidatur betrieben. Beides hat nicht nur den Namen des Feldmarschalls, sondern dem Ansehen Deutschlands schweren Schaden zugefügt. Wir bedauern diese Entwicklung. Sie ist ein neuer Beweis für die Unfähigkeit des heutigen Systems, die Geschichte Deutschlands zu meistern. Der Kampf gegen dieses System ist das oberste Gebot wirklicher nationaler Politik. Ueber dies Gebot müssen auch alle Gefühle der Ehrerbietung zurücktreten, die wir vor dem Sieger von Tannenberg empfinden. Das Weimarer System, verkörpert durch die schwarz-roten Parteien, versucht dauernd, die historische Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg als Schutzschild ihrer zusammenbrechenden Macht auszunützen. Aus ihrer Land nimmt er nunmehr eine neue Kandidatur als Reichspräsident entgegen. Diese Lage der Dinge macht es uns sehr unangenehm, unsere Stimmen wiederum wie 1925 für den Reichspräsidenten von Hindenburg abzugeben. Die Deutschnationale Volkspartei wird vielmehr den Kampf um die Reichspräsidentenwahl im Sinne der Beschlüsse von Harzburg und mit dem Willen führen, eine grundsätzliche Kursänderung herbeizuführen.

Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei ist bekanntlich am Mittwoch, den 17. Februar, einberufen worden.

Der Stahlhelm zur Reichspräsidentenwahl

Berlin, 15. Febr. Die Presseabteilung des Bundesamts des „Stahlhelm BDF“ teilt mit: Am Sonntag waren die Landesführer des Stahlhelm in Berlin zur Besprechung der Frage der Reichspräsidentenwahl versammelt. Die Aussprache ergab in voller Einmütigkeit, daß der gesamte Stahlhelm wie im Jahre 1925 zum Einsatz für den Generalfeldmarschall von Hindenburg bereit steht, wenn eine ausreichende sichtbare Voraussetzung für einen Kurswechsel geschaffen wird. Dem Herrn Reichspräsidenten ist dieses Ergebnis zur Kenntnis gebracht worden.

Von der Abrüstungskonferenz

Die türkische Erklärung

Genf, 15. Febr. Der türkische Außenminister Tewfik Rüşü Bey erklärte heute, die französischen Vorschläge seien insoweit interessant, als sie zur Internationalisierung des Militärwesens, d. h. zur Abschaffung der nationalen Heere, die die beste Förderung der Abrüstung bedeuten, führen



